

Politik

Gericht befasst sich mit Seehofer

Die AfD hat den Innenminister wegen Äußerungen auf der Homepage des Ministeriums verklagt.

KARLSRUHE. Das Bundesinnenministerium hat die Veröffentlichung einer AfD-kritischen Interviewäußerung von Ressortchef Horst Seehofer (CSU) auf der eigenen Internetseite verteidigt. „Zugegeben: Die Formulierung ist zugespitzt“, sagte der Parlamentarische Staatssekretär Günter Krings (CDU) gestern am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Der Ton in der Politik sei aber deutlich rauer geworden. Eine Reaktion müsse möglich sein.

Das Interview hatte Seehofer im September 2018 der Deutschen Presse-Agentur gegeben. Am selben Tag hatte die AfD-Fraktion im Bundestag eine Diskussion über den Haushalt des Bundespräsidenten erzwingen wollen. Seehofer bezeichnete dieses Verhalten unter anderem als „staatszersetzend“. Nach der Veröffentlichung stellte das Ministerium das Gespräch mit der Passage auf seine Homepage.

Die AfD wirft Seehofer deshalb vor, staatliche Ressourcen unzulässigerweise zur Verbreitung einer parteipolitischen Aussage genutzt zu haben. Seehofer könne seine Äußerungen gern über die persönliche Homepage oder über die Seite der CSU verbreiten, sagte der Hamburger AfD-Politiker Alexander Wolf. Der Rückgriff auf den Apparat des Ministeriums verzerre aber den politischen Meinungskampf. Ein Urteil wird in einigen Monaten erwartet. *dpa*

Rückzug von Kardinal Marx

BONN. Der Münchner Kardinal Reinhard Marx gibt das Amt des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) ab. Er stehe für eine zweite Amtszeit nicht mehr zur Verfügung, teilte die DBK gestern mit. Marx hätte sich bei der Frühjahrsvollversammlung der DBK Anfang März in Mainz zur Wiederwahl stellen müssen. Jetzt werde dort ein anderer Bischof gewählt werden müssen, sagte eine DBK-Sprecherin. In einem Brief teilte Marx mit: „Schon seit einiger Zeit steht das für mich fest.“ Am Ende einer möglichen zweiten Amtszeit sei er 72 Jahre alt: „Ich finde, es sollte die jüngere Generation an die Reihe kommen.“ Er habe das Amt gerne ausgeübt, aber alles habe seine Zeit. *dpa*

KEIN VERFAHREN

Gute Nachricht für Scheuer

BERLIN. Mehr als zwei Monate nach einer Strafanzeige gegen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) wegen der gescheiterten Pkw-Maut sieht die Berliner Staatsanwaltschaft keine ausreichenden Verdachtsmomente für Untreue. „Es ist kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden“, sagte der Sprecher der Anklagebehörde, Martin Steltner, gestern. Zwei Linke-Bundestagsabgeordnete hatten Anzeige wegen Untreue gestellt. *dpa*

ORKAN SABINE BEI SOCIAL MEDIA...

25700

Menschen erreichte der Facebook-Post des Liveticker-Artikels zu Sturm „Sabine“ von PZ-news.

5100

Instagram-Follower verfolgten die aktuelle Story zu den Geschehnissen.

850

Likes bekamen die Bilder der Ausmaße und das Dankeschön an die Rettungskräfte bei Instagram.

EIN TRAUM IN WEISS

„Schnee so weit das Auge reicht. Ein Traum? Nein, schöne Wirklichkeit gestern in Schömberg. Den Beweis gibt es im Video unter <http://pzlink.de/9o4>“

Julia Wessinger, PZ-Redakteurin



WIR HABEN GEFRAGT...

Wer sollte statt Annegret Kramp-Karrenbauer Kanzlerkandidat der CDU werden?

SIE HABEN GEANTWORTET:



A. Friedrich Merz
B. Markus Söder
C. Jens Spahn
D. Armin Laschet

Teilnehmer: 840

SIE ERREICHEN PZ-NEWS AUF MEHREREN KANÄLEN

- Facebook facebook.com/pznews
- Twitter twitter.com/pznews
- Newsletter www.pz-news.de/notify
- Instagram instagram.com/pznews
- Snapchat pznews

KOMMENTAR

HAGEN STRAUSS
PZ-Korrespondent



Abschied von der Macht

AKK will die Fäden ziehen, obwohl sie das nicht mehr kann

Es ist aller Ehren wert, dass Annegret Kramp-Karrenbauer ihre Partei nicht in einem noch größeren Chaos zurücklassen will. Das hat auch etwas mit Selbstachtung zu tun. Aber die Saarländerin ist einer Fehleinschätzung unterlegen: Zu meinen, dass man als Königin ohne Land und Volk den Prozess der Übergabe noch steuern und organisieren kann, ist ein Irrglaube. Das hat Angela Merkel nach dem Verzicht auf den Parteivorsitz auch nicht geschafft. Obwohl sie Kanzlerin geblieben ist. Oder gerade deswegen.

Im Hintergrund werden nun jene die Fäden ziehen, die sich für den Titelkampf am geeignetsten halten: Armin Laschet, Friedrich Merz und Jens Spahn. Und selbstverständlich der selbstbewusste Bayer Markus Söder. Sie werden versuchen, die eigenen Truppen hinter sich zu sammeln, um innerparteilich in eine Position der Stärke zu gelangen. Nicht ganz ausgeschlossen ist auch, dass sie gleich untereinander ausklünnen, wer am besten in der Lage sein wird, die zerrissene Partei wieder zu einen, Wähler zurückzugewinnen und die Union aus dem Umfragnetief zu führen. Wobei das bei den großen Egos der potenziellen Kandidaten die unwahrscheinlichste Variante ist. Jedenfalls wird AKK für den Klügel nicht mehr gebraucht. Angela Merkel aber auch nicht.

Bei CDU und CSU haben sie daher erkannt, dass der Zeitplan der Vorsitzenden nur Risiken und keine Sicherheiten beinhaltet. Und auch das Thema „wie weiter mit Merkel“ spielt dabei eine Rolle. Wann immer auch die K-Frage in den nächsten Wochen oder Monaten geklärt werden wird, es wird sich sofort erneut die Frage stellen, ob sich der Kandidat ein ähnliches Schicksal wie Kramp-Karrenbauer zumuten will – nämlich lediglich neben oder hinter Merkel zu laufen. Die Antwort dürfte lauten: sicherlich nicht. Dann könnte schnell ein mutiger Parteifreund bei der Kanzlerin im Amt vorstellig werden, um ihr zu sagen: Angela, es reicht. Mach Platz.

Schreiben Sie Ihre Meinung zum Kommentar an: politik@pz-news.de

DAS PZ-INTERVIEW

„Feindbild Russland aufgebaut“

„Wie man Manipulationen durchschaut“ – so lautet der Untertitel des neuen Buchs von Albrecht Müller und ein zentrales Anliegen des namhaften Autors. Wie es dazu kam, verrät er am Montag im Autorenforum.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE
MICHAEL SCHENK

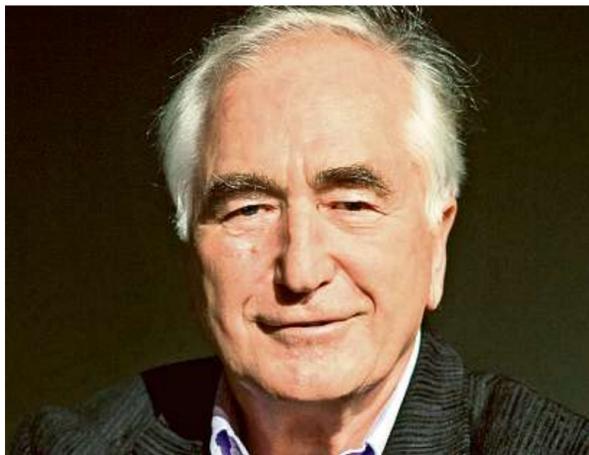
Albrecht Müller (81) veröffentlicht seit mehr als fünf Jahrzehnten Bücher. Am Montag kommt der gebürtige Kraichgauer nach Pforzheim und stellt sein jüngstes Werk vor: „Glaube wenig – Hinterfrage alles – Denke selbst“. Laut Müller sein bisher am meisten gefragtes Buch. Allein schon dank Mundpropaganda habe es der Titel in die Spitzengruppe der Bestsellerliste geschafft. Im Interview erzählt er unter anderem, was ihn mit der Goldstadt verbindet.

PZ: Herr Müller, der Titel Ihres Buches kann synonym zur Aufforderung „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ von Immanuel Kant verstanden werden. Sehen Sie sich in dessen Tradition?

Albrecht Müller: Das dürfte ein bisschen hoch gegriffen sein. Aber weil ich das schon 55 Jahre mit meinen Büchern betreibe, fühle ich mich schon so. Da gab es zum Beispiel „Die Reformlüge“ über die Agenda 2010 oder „Die Meinungsmache“ und vor allem mit der Gründung der „Nachdenkseiten“ im Internet habe ich immer versucht, einen Beitrag dazu zu leisten, dass wir gute politische Entscheidungen kriegen. Das ist eigentlich das Ur-Motiv. Denn ich habe oft beobachtet, dass häufig Propaganda und Meinungsmache zu politisch schlechten Entscheidungen führen.

Damit haben Sie die Frage, warum heute wieder Aufklärung nötig ist, fast schon beantwortet.

Ja, Aufklärung ist nötig, weil wir umgeben sind von massiven Kampagnen der Meinungsbeeinflussung. Zwei Beispiele dazu, eines betrifft auch Pforzheim. Das erste hat mit uns allen zu tun. So ist 1997/98 im Vorfeld des Wahl-



Albrecht Müller appelliert mit seinem Buch an unseren Verstand.

FOTO: PRIVAT

kampfs eine Riesenpropaganda wegen der Rente und des demografischen Wandels gelaufen. Es wurde so dargestellt, als wäre das Älterwerden etwas ganz Schreckliches für uns. Der Generationenvertrag würde nicht mehr funktionieren. Die Schlussfolgerung war, dass man eine staatlich geförderte Privatvorsorge einführen, die Riesen-Rente. Das andere: Ich bin gut 60 Kilometer entfernt von Pforzheim in Meckesheim im Kraichgau aufgewachsen und konnte 1945 am Nachthimmel sehen, als bombardierte Städte rings um uns brannten: Bruchsal, Heilbronn, Heidelberg, Mannheim, Pforzheim. Das hat sich bei mir eingepreßt. Schon deshalb bin ich gegen Krieg. Und jetzt ist es ja so, dass wir uns 1990 einig waren, dass wir die Sicherheit in Europa gemeinsam organisieren und nicht mehr gegeneinander aufrüsten wollen. Diese prima Konstellation ist auf den Kopf gestellt worden. Wir sind wieder beim Aufrüsten, wir führen mit anderen zusammen wieder Krieg. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz sagten drei Repräsentanten unseres Staates, wir müssten als Land wieder Verantwortung überneh-

men. Dafür bin ich auch – aber nicht mit dem Militär.

Welcher Fall ist in Ihren Augen der gravierendste Fall von Meinungsmache?

Schon die beiden von mir erwähnten. Der demografische Wandel und die Zerstörung der Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente, die hängt nämlich eng damit zusammen und damit die Programmierung von Altersarmut. Die andere, dass wir nicht mehr in gemeinsamer Sicherheit mit Russland leben können, sondern dass das Feindbild neu aufgebaut worden ist. Das ist ein ganz gravierender Vorgang, denn ich möchte, dass meine demnächst sieben Enkel auch in Frieden leben können.

Sie prangern den Neoliberalismus an. Hat der nicht mittlerweile abgewirtschaftet?

Ja, schon richtig. Man merkt es ja an vielen Stellen. Die Privatisierung hat sich zum Beispiel bei Sozialwohnungen als absoluter Flop erwiesen. Zwei Kapitel, die ich für zentral halte, habe ich auch der dahintersteckenden Ethik gewidmet. Ich habe ja beides erlebt, den Einzug des Neoliberalismus mit

Albrecht Müller

... wurde 1938 in Heidelberg geboren und wuchs in Meckesheim im Kraichgau auf. Er studierte in Mannheim, Berlin, München und Nottingham Volkswirtschaftslehre. Später war er Planungschef im Bundeskanzleramt unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt. Von 1987 bis 1994 war der Sozialdemokrat Mitglied des Deutschen Bundestages und ist seit 2003 als Autor und Mitherausgeber der NachDenkSeiten tätig. Müller ist Mitglied der SPD geblieben, auch wenn er ihre aktuelle Politik kritisch betrachtet. *pz*

der Behauptung, jeder sei seines Glückes Schmied oder auf die Straße übertragen: „Freie Fahrt für freie Bürger!“ Und ich habe Willy Brandt erlebt mit der Aufforderung an die Menschen, auch an den anderen zu denken. Dahinter steckt ein anderes Wertebewusstsein. Nämlich, dass wir alle aufeinander angewiesen sind. Nachdem wir gemerkt haben, was die neoliberale Ideologie uns angetan hat, müssten wir insgesamt umdenken. Wir müssten sagen: Ja, wohl, Solidarität ist ein ganz wichtiger Grundwert. Und wir müssten wieder solidarisch miteinander umgehen. Das wäre dann eine Gesellschaft, in der sich vermutlich viele Menschen aufgehoben fühlen würden, mehr als heute.

Eintrittskarten

... für Albrecht Müller am Montag, 19. Februar, 19 Uhr im PZ-Forum (Ecke Post-/Luisenstraße) gibt es für 8,50 Euro (5,50 Euro mit PZ-Abocard) unter (0 72 31) 93 31 25 oder online unter www.pz-forum.de

ÖSTERREICH

WANDERWITZ WIRD'S

Ende der Schredder-Affäre

WIEN. Die Staatsanwaltschaft in Österreich hat die Ermittlungen gegen einen ÖVP-Mitarbeiter eingestellt, der im Mai 2019 fünf Festplatten des Bundeskanzleramtes schreddern ließ. Die „Schredder-Affäre“ hatte während des Wahlkampfes in der Alpenrepublik für großes Aufsehen gesorgt. Die in Frage gekommenen Straftatbestände hätten sich letztlich aufgelöst oder keine Beweise vorgelegen, teilte die Staatsanwaltschaft Wien mit. *dpa*

GEMEINSAME SPIONAGE

Bundesregierung regelt die Nachfolge für Ost-Beauftragten

BERLIN. Innenstaatssekretär Marco Wanderwitz (44, CDU) soll neuer Ost-Beauftragter werden und damit die Nachfolge von Christian Hirte antreten. Hirte hatte sein Amt nach einem freudigen Kommentar zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen aufgeben müssen. Nach Angaben aus Regierungskreisen soll das Kabinett heute seine Berufung beschließen. Bundesinnenminister Horst Seehofer



(CSU) sagte gestern, er freue sich zwar über die Berufung von Wanderwitz (Foto) zum Ost-Beauftragten. Er bedauere aber zugleich, dass er das Innenministerium verlasse. Wanderwitz beschrieb seine Agenda wie folgt: Ihm gehe es um das Thema gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West. Diese Frage sei in weiten Teilen der neuen Bundesländer virulent. *dpa*

Korrektur

BND und CIA spähnten weltweit

WASHINGTON. Der Bundesnachrichtendienst und der US-Auslandsgeheimdienst CIA haben mittels einer Verschlüsselungsfirma über Jahrzehnte hinweg mehr als 100 Staaten ausgespäht. Das zeigten von führenden BND- und CIA-Mitarbeitern verfasste Akten, die das ZDF und die „Washington Post“ auswerten. Der frühere Kanzleramtsminister Bernd Schmidbauer (CDU), gebürtiger Pforzheimer, bestätigte dem ZDF die Geheimdienstoperation. *dpa*

Am Samstag haben wir im Text

„Infamer Missbrauch“ geschrieben, CDU-Landesfraktionschef Wolfgang Reinhart habe dem Thüringer FDP-Politiker Thomas Kemmerich am Mittwoch zur Wahl zum Ministerpräsidenten gratuliert. Tatsächlich hatte Reinhart auf Twitter die Wahl als Chance bezeichnet, eine Expertenregierung zu bilden. Zwar war Reinhart dafür laut Medienberichten in der Fraktion kritisiert worden – gratuliert hatte er Kemmerich aber nicht. *pz*